

Erklärungen dafür: die ungünstige Jahreszeit; die Wahlmüdigkeit nach drei vorausgegangenen Wahlen im Osten; der durch die Demoskopien, die sich diesmal besonders penetrant auführten, bereits vorweggenommene Wahlausgang. Aber wenn jeder vierte Berechtigte nicht wählt, läßt dies wenn schon nicht auf Politik-, so doch auf eine Parteienverdrossenheit schließen.

Eine andere betrifft *Berlin*. Das dortige Landtags- wie das Bundestagswahlresultat waren die größte Überraschung. Es zeigt, wie rasch vor allem großstädtische Wähler zum Wechseln bereit und Mehrheitsverhältnisse umzukehren in der Lage sind, wenn sie enttäuscht werden oder erkennen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gewählt haben.

Zwei weitere beziehen sich auf die *östlichen Bundesländer*. Die PDS verliert dort zwar kontinuierlich an Anhang, kann sich vermutlich im Westen nicht verwurzeln, vermag sich aber auf dem Gebiet der ehemaligen DDR trotz zugeschriebener und erwiesener Skandale weiter gut über Wasser halten. Es gibt offenbar eine treue alte Klientel und neue Anhänger, die antibundesrepublikanisch wählen. Durch auffallend unsouveränen Umgang mit ihr haben die anderen Parteien allerdings dazu beigetragen, daß die PDS durch Stimmen nochmals leidlich kompensieren konnte, was an Ruf verlorengehen oder nie zu gewinnen war. Die FDP hat in den neuen Bundesländern *überdimensional* gewonnen – nicht nur in Genschers Halle, sondern insgesamt. Dies ist insofern erstaunlich, als in der sozialen Schichtung der neuen Bundesländer die traditionelle FDP-Klientel noch weitgehend fehlt. Die Liberalen haben mit Genschers Zweitstimmenkampagne, § 218 und Niedrigsteuer allerdings einen ebenso geschickten wie blendenden Wahlkampf geführt.

Eine letzte Besonderheit fiel in *Bayern* auf. Dort haben sich als letzter Bastion die Republikaner, wenn auch erfolglos, behauptet. Und die CSU sieht wie schon bei den Kommunalwahlen nicht gut aus in den Städten, besonders nicht in München. Ihren Schützing im Osten, die DSU, hat sie

endgültig verloren. Wenn sie sich jetzt auf ihr bayerisches Wesen konzentriert, wird sie trotz des durch das größere Wahlgebiet verkleinerten Gewichts auch ihre Bundesfunktion gut behaupten. se

## Wechsel

### *Erzbischof Sodano folgt Kardinal Casaroli*

Die meisten Kommentare zu dem am 1. Dezember vollzogenen Wechsel an der Spitze des vatikanischen Staatssekretariats hoben das Moment der *Kontinuität* in der Ernennung von Erzbischof *Angelo Sodano* zum Nachfolger von Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli* hervor. Tatsächlich ist diese Kontinuität zumindest in zweierlei Hinsicht nicht zu übersehen. Johannes Paul II. berief wieder einen Italiener zum Leiter der zentralen Kurienbehörde, was von Vatikansprecher *Navarro Valls* als „Anerkennung für die italienische Kirche und Nation“ interpretiert wurde, auf deren Boden der Stuhl Petri durch göttliche Fügung angesiedelt sei. Die beiden anderen Kandidaten auf der Dreierliste, aus der der Papst den aus dem piemontesischen Asti stammenden Sodano auswählte, waren angeblich der spanische Kurienkardinal *Martínez Somalo* und der französische Kurienkardinal *Roger Etchegaray*.

Der neue Staatssekretär kommt aus dem Kurienorgan, dem er jetzt vorsteht. Der 63jährige Erzbischof Sodano war seit 1988 Sekretär der zweiten Sektion des Staatssekretariats, die für die Beziehungen zu den Staaten zuständig ist (bis zur Kurienreform Johannes Pauls II.: „Rat für die Öffentlichen Angelegenheiten der Kirche“). Im Rat für die Öffentlichen Angelegenheiten war er schon 1968 bis 1977 tätig, bevor er zehn Jahre lang als Nuntius in Chile wirkte. Bekannt wurde Sodano vor allem durch seine maßgebliche Mitwirkung an der päpstlichen Vermittlung im Beagle-

Konflikt zwischen Argentinien und Chile, der Ende 1984 durch Unterzeichnung eines Abkommens friedlich beigelegt wurde. In seiner zweieinhalbjährigen Amtszeit als vatikanischer „Außenminister“ war er u. a. mit den diffizilen Verhandlungen mit dem Moskauer Patriarchat nach der Wiederzulassung ukrainisch-katholischer Gemeinden befaßt.

Damit war er auch in dem Bereich tätig, in dem sich Kardinal Casaroli über Jahrzehnte hinweg profiliert hatte, der vatikanischen Ostpolitik. Noch von Johannes XXIII. erhielt Casaroli den Auftrag, Kontakte zwischen dem Heiligen Stuhl und den Regierungen der kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa herzustellen. Er unterzeichnete 1965 in Budapest das Teilabkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und der ungarischen Regierung, verhandelte in Warschau ebenso wie in Prag und Belgrad. Von Johannes Paul II. 1979 zum Kardinalstaatssekretär ernannt, setzte er seine Bemühungen um Erleichterungen für die katholische Kirche im Ostblock und Sicherung der kirchlichen Hierarchie in den einzelnen Ländern fort. Beim Millennium der russisch-orthodoxen Kirche traf er im Juni 1988 mit *Michail Gorbatschow* zusammen und vereinbarte mit dem sowjetischen Parteichef die Aufnahme regelmäßiger Kontakte zwischen der Sowjetunion und dem Heiligen Stuhl (vgl. HK, Juli 1988, 310).

Kurz vor Ende seiner Amtszeit konnte Kardinalstaatssekretär Casaroli jetzt durch seine Unterschrift unter die Pariser KSZE-Charta vom 21. November (vgl. ds. Heft, S. 31) das Ende des politisch-ideologischen Ost-West-Gegensatzes in Europa symbolisch mit besiegeln. Damit ist auch die Zeit der vatikanischen Ostpolitik in ihrer bisherigen Form vorbei: Im Zug der Demokratisierung wurden Kirchen- und Religionsfreiheit im früheren Ostblock wiederhergestellt, konnten Bischöfe ohne staatliche Einsprüche ernannt werden, wurden normale diplomatische Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und den einzelnen Staaten aufgenommen. Jetzt muß das römische Augenmerk der inneren

Konsolidierung der Ortskirchen in den bisher kommunistischen Ländern bzw. ihrer Standortbestimmung unter den neuen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen gelten.

Im Ernennungsschreiben an Erzbischof Sodano (vgl. *Osservatore Romano*, 2. 12. 90) sprach Johannes Paul II. von dessen „erprobter Klugheit in der Beurteilung der menschlichen Angelegenheiten“ und „lebhafter Sensibilität für die pastorale Ausrichtung für das Handeln der Kirche in der Welt“ sowie von der breitgestreuten Erfahrung aus langen Jahren im Dienst des Apostolischen Stuhls, die den neuen Staatssekretär für sein Amt geeignet machten. Sodano bringt vor allem Erfahrungen aus Lateinamerika mit (er war nicht nur Nuntius in Chile, sondern früher auch an anderen päpstlichen Vertretungen in Lateinamerika tätig), ist aber auch mit mitteleuropäischen Problemen gut vertraut. Während seiner Tätigkeit im Rat für die Öffentlichen Angelegenheiten der Kirche war er jahrelang speziell mit dem *deutschsprachigen Bereich* befaßt. In einem Kommentar des „*Corriere della Sera*“ (2. 12. 90) war von der „Westpolitik“ die Rede, der sich der Heilige Stuhl jetzt wieder verstärkt zuwenden werde, und die Ernennung Sodanos zum Staatssekretär wurde als Signal für diese Wende gedeutet. Tatsächlich gibt es im Verhältnis der Kirche zu den westlichen Gesellschaften eine Menge blinder Flecken, die nicht weniger Aufmerksamkeit verlangen würden als die frühere „Ostpolitik“. ru

## Stagnation

### *Ein wenig ergebnisreiches deutsch-polnisches Bischofstreffen*

Einen Durchbruch oder Neuanfang in den katholischen deutsch-polnischen Beziehungen brachte die zweitägige Begegnung vom 20. bis 22. November zwischen 10 deutschen und 15 polni-

schen Bischöfen in Gnesen nicht. 25 Jahre nach dem – aus heutiger Sicht – prophetischen Briefwechsel zwischen deutschen und polnischen Bischöfen am Rande des Zweiten Vatikanischen Konzils blieb jede große Geste, jede überzeugende Fortschreibung der Versöhnungsbotschaft aus. Das Treffen verlief in einer eher kühlen Atmosphäre, es hatte kaum publizistische Ausstrahlung in die polnische und deutsche Öffentlichkeit hinein, es schien inhaltlich und organisatorisch unzureichend vorbereitet. Offenbar war das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz nicht in der Lage, rechtzeitig mit der polnischen Seite ein konsensfähiges Gesamtprogramm zu erarbeiten.

Bereits auf dem Hinflug von Frankfurt nach Warschau konnte man von Bischöfen die fast resignierende Einschätzung hören, die *Politiker* hätten die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen schneller, praktischer und mutiger vorangetrieben als die *Kirchen*. Man sprach von der Gefahr, daß die Kirchen der politischen Entwicklung hinterherliefen. Einige Bischöfe gaben zu erkennen: Es seien in den letzten zehn Jahren vom deutschen Caritasverband und dem Verband der Diözesen über 320 Millionen Mark nach Polen geflossen, aber im kirchenpolitischen und theologischen Klima habe sich nicht viel bewegt. Von Stagnation und Rückschritt war die Rede. Als Hauptstreitpunkte hatte man die *Vertriebenenproblematik* und die *Sonderseelsorge für Deutschsprachige* in Schlesien im Gepäck – im Grunde alte Themen.

In einem ersten Referat, das den deutschen Bischöfen nach einer fünfständigen Busfahrt von Warschau nach Gnesen am 20. November noch um 21.00 Uhr zugemutet wurde, behandelte ausgerechnet ein polnischer Professor für die Theorie des Kirchenrechts, der Warschauer Theologe *Remigiusz Sobanski*, das heikle Thema Vertreibung. Der Titel seines 22seitigen Referats: „Vertreibung: Recht gegen Recht. Unrecht gegen Unrecht?“ Der Referent gab bereits bei seinen Vorbemerkungen zu verstehen, daß er eigentlich für dieses Thema „inkompe-

tent“ sei. Um so überraschter war die deutsche Delegation unter Leitung von Bischof *Karl Lehmann* über die vorgetragenen Thesen und Fragen. Sobanski plädierte für die einfache Lösung: „Ziehen wir einen dicken Strich, und zwischen uns kommt die schuldvolle Vergangenheit nicht mehr ins Gespräch.“ Gleichzeitig aber beschrieb er das Bild vom „bösen Deutschen“, das in Polen wieder auftauche und Angst wecke. „Die Angst wird um so größer, je mehr sich die Polen der himmelhohen ökonomischen Überlegenheit Deutschlands bewußt sind und diese jetzt in politischen Kontext gebracht wird.“

Den deutschen Bischöfen, unter ihnen der Kölner Kardinal *Joachim Meisner*, der Freiburger Erzbischof *Oskar Saier*, der Rottenburger Bischof *Walter Kasper*, der Berliner Bischof *Georg Sterzinsky* sowie Bischof *Bernhard Huhn* aus Görlitz und Weihbischof *Gerhard Pieschl* aus Limburg, stand nach diesem Referat die Ratlosigkeit ins Gesicht geschrieben. Sie waren enttäuscht, weil sie spürten, daß von polnischer Seite eine offene Diskussion über die Vertreibung, auch die ungerechte Vertreibung Deutscher durch Polen, nicht möglich und nicht gewollt schien.

Nach eingehenden Beratungen entschloß sich die deutsche Delegation, ein vorbereitetes, allgemein gehaltenes und wenig wegweisendes Referat des erkrankten Essener Kardinals *Franz Hengsbach* nicht zu verlesen, sondern den Hildesheimer Bischof *Josef Homeyer* mit der Konzeption eines neuen öffentlichen Wortes zu beauftragen. In einer Feierstunde mit geladenen Gästen in der Aula des Gnesener Priesterseminars sprach Homeyer dann mit bemerkenswerter Offenheit die Fragen an, die die deutsche Delegation bedrückten. Homeyer vertrat vor allem die Anliegen der Vertriebenen, als er erklärte: „Die Polen neigten lange dazu, ihre eigene Schuld zu bagatellisieren. Das Unrecht, das Deutsche durch Polen erlitten, hat Millionen Unschuldiger ebenfalls verwundet und verbittert. Den Polen fiel es lange Zeit schwer, dies zu verstehen und ihrerseits klar zu erkennen, daß Unrecht